



ÖDP Bayern – Landesparteitag Hirschaid 20. + 21.01.2018

Rede Klaus Mrasek

ÖDP – der bessere Bayernplan 2018

Liebe Parteifreunde,

ich darf Sie nochmals ganz herzlich zu unserem 1. Landesparteitag 2018 hier im Energiepark Hirschaid begrüßen. Wer von Ihnen ist eigentlich zum ersten Mal auf einem Landesparteitag. Bitte heben Sie die Hand. Mir wurde vorab berichtet, dass auch Sandra Beinbauer aus Passau heute erstmalig dabei ist. Sandra Beinbauer, wo sitzt sie? Bitte kurz aufstehen. Darf ich das Alter verraten? Sandra Beinbauer, sie ist 16 Jahre alt, Niederbayern-Botschafterin für die Aktion „plant for the planet“ – Wir pflanzen Bäume für eine bessere Welt. Sandra Beinbauer arbeitet bereits mit an der Gründung eines JÖ-Kreisverbandes in Passau. Gerade für unsere altgedienten ÖDP-Aktiven ist es ein hoffnungsvolles Signal, wenn sich junge Menschen in unserer ÖDP engagieren. Liebe Sandra, liebe Parteitagsnovizen, ihnen allen ein herzliches Willkommen.

Apropos Generationswechsel: Ich gratuliere Esther Wagenhäuser zu Ihrer Wahl als Kreisvorsitzende im Kreisverband Schweinfurth. Wo ist Sie? Liebe Esther Wagenhäuser, mit diesem Schritt stehen Sie für den Generationswechsel in der ÖDP. Sie sind ja auch im Bundesvorstand der JÖ aktiv. Für Ihre Amtsführung im Kreisverband Schweinfurth alles Gute, der Landesvorstand wird Sie gerne unterstützen. Liebe Freunde, der Landesvorstand Bayern ist fest davon überzeugt, dass unsere Erfolge auf dem stabilen Fundament unserer Basis beruhen – das sind unsere Kreisverbände und unsere kommunalen Mandatsträger vor Ort. Wir werden auch weiterhin alles uns Mögliche dafür tun, dass diese Basis erhalten und ausgebaut wird.

Was wollen wir heute und morgen in Hirschaid tun? Wir beginnen mit diesem Landesparteitag bayernweit unseren Wahlkampf zu den Landtags- und Bezirkstagswahlen. Dazu bietet Ihnen der Landesvorstand zwei konkrete Aktionen an: Erste Aktion: Wir wollen eine Schwerpunktkampagne zum Verbraucherschutz starten mit dem Ziel, die gesetzliche Mängel- und Gewährleistungshaftung auf 5 Jahre zu verlängern. Zweite Aktion: Wir wollen eine Petition verabschieden mit der Aufforderung, das LEP noch vor der Landtagswahl im Herbst um verbindliche Flächensparziele zu ergänzen.

Und es geht um unser Programm. Die ÖDP ist eine Programmpartei. Das haben die beiden Basisrunden zur Programmfortschreibung bewiesen, das beweisen die vorliegenden Änderungsanträge. Die Zahl der ÄÄ hat im Vorfeld für Diskussionen gesorgt. Wir im Landesvorstand gehen davon aus, dass sich alle Parteifreunde, die Antragsteller, die Teilnehmer an den Basisrunden für ein Ziel einsetzen – ein attraktives Programmangebot an die Wählerinnen und Wähler in Bayern. Dieses Ziel sollten wir bei den anstehenden Debatten immer im Hinterkopf behalten.

Einen ganz besonderen Dank möchte ich an das Redaktionsteam aussprechen: Oswald Zöllner, der heute leider nicht bei uns sein kann, Bernhard Suttner, den ein Grippevirus ans Bett fesselt und dem wir von

hier aus alles Gute und eine baldige Genesung wünschen und nicht zuletzt meinem Stellvertreter Stephan Treffler. Jeder, der sich schon einmal an die Formulierung von Programm oder Anträgen gemacht hat, kann abschätzen, was für ein Sack Arbeit sich hinter dem vorliegenden Programmentwurf verbirgt. Herzlichen Dank.

Und noch jemanden möchte ich namentlich erwähnen und mich bei ihm ausdrücklich bedanken – Jörn Rüter. Er hat die ganzen Änderungsanträge aus den unterschiedlichsten Formaten jeweils einzeln in Form gebracht und zu diesem Paket zusammengestellt. Ich möchte jetzt gar nicht wissen, wie viele Stunden Du dafür aufwenden musstest – im Ergebnis haben wir jetzt eine Vorlage, die uns die Programmarbeit erst ermöglicht. Jörn, besten Dank dafür.

Liebe Parteifreunde, wofür steht die ÖDP?

Drei Schwerpunkte:

- ÖDP – die Partei der Wachstumskritik – weniger ist mehr
- ÖDP – die Partei für ehrliche Demokratie
- ÖDP – die Familienpartei

ÖDP – die Partei für Wachstumskritik – weniger ist mehr:

Das Gandhi-Zitat „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier!“ ist auf unseren Werbemitteln abgedruckt, es ziert unsere Roll-Ups usw. Die ÖDP ist die einzige Partei für Wachstumskritik und ich zitiere einen anderen Slogan, den wir dafür immer wieder verwendet haben: „Weniger ist mehr!“

Wir wissen, dass grenzenloses Wachstum auf einem begrenzten Planeten schlicht und ergreifend unmöglich ist. Unser Planet Erde wächst eben nicht im selben Maß seiner Inanspruchnahme durch unser Wachstumsdogma. Ressourcen – Rohstoffe und Energie – werden durch unsere Wegwerfgesellschaft in immer kürzerer Zeit verbraucht und in Abfälle umgewandelt. Besonders die Klimagase mit der drohenden Folge der Klimaüberhitzung machen uns dabei zu schaffen.

In unseren Reihen dürfte der Begriff des Welterschöpfungstages ein Begriff sein – damit wird der Tag des Jahres bezeichnet, an dem unser Ressourcenverbrauch das für den Planeten verkraftbare Maß überschritten hat. Um ein Bild aus der Finanzwirtschaft zu bemühen – es ist der Tag, an dem wir nicht mehr von den Zinserträgen, sondern von der Substanz leben und diese dabei vernichten. Zu Beginn seiner Berechnung lag dieser Welterschöpfungstag Mitte Dezember. Was schätzen Sie? In welchem Monat ist dieser Tag jetzt angesiedelt? Eigentlich unvorstellbar ist dieser Tag jetzt auf Mitte August vorgerückt – wenn es so weiter geht, werden wir für unsere Wegwerfgesellschaft eine zweite Erde brauchen! Für die Freunde der TV-Sendung „Leschs Kosmos“ dürfte klar sein, dass die Suche nach einer zweiten Erde ziemlich aussichtslos sein dürfte – die Konsequenz aus Sicht der ÖDP kann nur sein, dass wir unser Wirtschaftssystem radikal umstellen hin zu einer öko-sozialen Marktwirtschaft – ökologisches Handeln muss sich auch betriebswirtschaftlich rechnen – „mehr netto durch öko!“

Liebe Parteifreunde, wir sind mit unseren Überlegungen nicht allein – im Gegenteil. Wir sind die Partei der Gemeinwohlökonomie. Jetzt wird sich der eine oder andere denken – schon wieder so ein Wortungetüm, mit dem niemand etwas anfangen kann. Das glatte Gegenteil ist richtig – ich empfehle einen Blick in die Bayerische Verfassung Art. 151 Abs. 1 S. 1: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“

Übrigens, die Bayerische Verfassung ist eine hochinteressante Lektüre, insbesondere im vierten Hauptteil zum Thema Wirtschaft und Arbeit. Als ÖDP haben wir mit dem geistigen Vater der Gemeinwohlökonomie, Christian Felber, durchgeführt. Es ist das große Verdienst von Christian Felber, dass er durch Gemeinwohlbilanzen die Auswirkungen des wirtschaftlichen Handelns auf Bürger, Gesellschaft, Staat und Umwelt messbar macht. Im Gegensatz zum marktradikalen Kapitalismus nimmt die Gemeinwohlökonomie alle Folgen des wirtschaftlichen Handels in den Blick und macht diese messbar – für die Kapitalanleger, für die Beschäftigten, für die Kunden, für Staat und Gesellschaft und für die Umwelt.

Liebe Delegierte, unser Parteifreund Günter Grzega, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Spardabank München, der größten Genossenschaftsbank Deutschlands, hat die Gemeinwohlbilanz in seiner Bank eingeführt. Sie können diese jederzeit einsehen, sie ist auf der Homepage eingestellt. Solche Gemeinwohlbilanzen fordern wir auch für Staat und Kommunen, ebenso für staatliche und kommunale Unternehmen, seien es Stadtwerke oder Verkehrsbetriebe usw.

Auch für die private Wirtschaft wollen wir über die Industrie- und Handelskammern Vereinbarungen zur Entwicklung der Gemeinwohlökonomie abschließen. Liebe Parteifreunde, dabei sollten wir uns von der Vorstellung verabschieden, dass Deutschland damit eine Vorreiterrolle übernehmen würde.

(Folie SZ-Ausgabe vom 12.01.2018)

In der SZ-Ausgabe vom 12.01.2018 stellt der Autor unter dem Titel „Die gute Firma“ Bestrebungen von Präsident Macron vor, französische Unternehmen zu Gemeinwohl-Zielen zu verpflichten. Als Vorbild gelten so genannte „Benefit Corporations“, die 2010 in 33 Bundesstaaten der USA, dem Herzland des Marktradikalismus, eingeführt wurden. Diese Benefit Corporations dienen zwar der Gewinnerzielung, verpflichten sich aber ausdrücklich zur Mehrung des Gemeinwohls und zur entsprechenden Dokumentation. Damit sind sie Unternehmen der Gemeinwohlökonomie.

Liebe Parteifreunde, als ÖDP vertreten wir einen Wohlstandsbegriff jenseits der rein materiellen Definition. Um gleich ein Gegenargument zu entkräften – selbstverständlich treten wir für die Bekämpfung der Armut – in deren Ohren würden Forderungen nach einer Senkung der materiellen Basis nur zynisch klingen. Zurück zur Wohlstandsdefinition. Neben der materiellen Komponente hat Wohlstand eine Zeitdimension und eine Beziehungsdimension. Die einseitige Betonung der materiellen Komponente verschlechtert den Zeit- und den Beziehungswohlstand – wer leidet heute nicht unter Dauerstress, wie werden unsere Beziehungen durch die Unterordnung unter die beruflichen Bedürfnisse nicht belastet?

Liebe Delegierte, wir wollen diese Ziele nicht nur in der politischen Diskussion vertreten, der Landesvorstand schlägt Ihnen dazu heute eine konkrete Aktion gegen die herrschende Wegwerfgesellschaft vor – Verlängerung der gesetzlichen Mängelhaftung auf 5 Jahre für Haushaltsgeräte, Kommunikations- und Unterhaltungselektronik – gesetzliche Verpflichtung zur reparaturfreundlichen Konstruktion. Bitte stimmen Sie diesem Vorschlag zu und nutzen Sie diese konkrete Forderung im anstehenden Wahlkampf.

Unsere Kritik am Wachstumsdogma hat natürlich auch erhebliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Wir halten das Mantra „Wachsen oder Weichen“ bzw. „Wir produzieren für den Weltmarkt“ für eine Sackgasse. Das sind die Folgen: Die Landwirtschaft verursacht acht Prozent der bundesdeutschen Treibhausgasemissionen, zwei Drittel davon aus der Massentierhaltung. Aktuell gelten zwei Drittel der Lebensräume, ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten und zwei Drittel der Nutztierarten in Deutschland

als gefährdet. Jede fünfte Trinkwasserquelle überschreitet mittlerweile den Schwellenwert von 50 mg Nitrat je Liter.

Deshalb ist die Landwirtschaft für uns ein zentrales Thema. Was ist unser Ziel als ÖDP? Wir wollen eine Landwirtschaft, die mit höchsten ökologischen Standards regional und saisonal gesunde Qualitätsprodukte herstellt und dabei ihre Produktionsgrundlage erhält und pflegt. Das ist gut für die Landwirte, das ist gut für die Verbraucher, das ist gut für die Nutztiere, für die Böden, für unser Trinkwasser und für die Arten- und Biotopvielfalt. Und dazu bieten wir den Landwirten unsere Hand mit unserem Existenzsicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit: Die Gesellschaft bezahlt die Leistungen der Landwirtschaft für das Gemeinwohl und erhält dafür die o. g. Qualitätslandwirtschaft.

Liebe Parteifreunde, unsere Wachstumskritik hat auch Auswirkungen auf unseren Umgang mit unseren Kultur- und Naturlandschaften, mit dem Flächenverbrauch. Ich brauche das Sündenregister des selbsternannten Heimatministers Söder nicht aufzuzählen, ein paar Beispiele sollen genügen: LEP-Änderung – Abschaffung des Anbindegebots für Gewerbe- und Industriegebiete, 3. Startbahn München, Skischaukel am Riedberger Horn – ein unentschuldbarer Präzedenzfall, der den gesamten Alpenplan gefährdet. Aktuell ist Herr Söder dabei, die Pläne für einen dritten Nationalpark zu beerdigen – es wird eine schäbige Beerdigung werden. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit Grünen und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zu einem Volksbegehren entschlossen unter dem Titel „Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen!“, mit dem erstmalig eine gesetzliche Obergrenze für den Flächenverbrauch eingeführt werden soll.

ÖDP – die Partei für ehrliche Demokratie:

Geldspenden von Konzernen, Verbänden und Lobbyisten an Parteien und Mandatsträger sind ein Schandfleck für unsere Demokratie und müssen endlich gesetzlich verboten werden. Man muss sich diesen skandalösen Zustand immer wieder mit einem Gedankenexperiment vor Augen führen. Stellen sie sich vor, sie gehen in ein Bauamt und sagen zu dem Sachbearbeiter „Sehr geehrter Herr XY, ich bin so begeistert von der Qualität ihrer Tätigkeit, da haben sie 500.- €.“ Oder sie geben die 500.- € einem Polizisten oder einem Richter in einer Gerichtsverhandlung. Stopp, meine Damen und Herren, bitte nicht machen, da sind sie nämlich sofort dabei bei der Strafbarkeit wegen Vorteilsgewährung bzw. Bestechung und die Strafen werden empfindlich ausfallen. Also, bei Vertretern der Verwaltung bzw. bei Richtern, ist das Anfüttern mit Geld strafbar – bei Parteien und Mandatsträgern dürfen sie dagegen jederzeit den Geldsack aufmachen oder den Geldkoffer übergeben. Diejenigen, die als Vertreter der Legislative für eine Gesetzgebung zum Gemeinwohl sorgen sollen, dürfen also mit Geldgeschenken angefüttert werden. Das ist ein bodenloser Skandal.

Auch das Sponsoring von Parteien oder der Umweg über Stiftungen muss endlich gesetzlich verboten werden. Derartige Geldgeschenke schaffen Abhängigkeiten, Konzerne und Lobbyisten erwarten Gegenleistungen für den Bimbes und das darf nicht sein.

Ludwig Windthorst, Gründervater der Zentrumsparterie und Fraktionsführer im deutschen Reichstag in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, einer der ganz großen Parlamentarier der deutschen Geschichte:

„Wer etwas auf sich hält und unabhängig sein will, nimmt nichts geschenkt!“

Wir brauchen Karenzzeiten für den Wechsel von Politikern und Spitzenbeamten in die private Wirtschaft – Negativ-Beispiele: Ex-Kanzler Schröder, Gas-Gerd, Hannelore Kraft, als Ministerpräsidentin in NRW hat sie verhindert, dass der Braunkohletagebau gestoppt wird. Vielleicht haben Sie vor ein paar Tagen gelesen (SZ vom 13.01.2018, Seite 5, Wenn eine Kirche stirbt), dass der „Immenrather Dom“ St. Lambertus von RWE abgerissen wurde, weil dort Braunkohle abgebaut werden soll. St. Lambertus wird als Märtyrer immer mit glühenden Kohlen dargestellt – gibt es kein sinnfälligeres Bild für den Wahnsinn,

der mit dem Braunkohleabbau verbunden ist? zurück zu Frau Kraft, kaum abgewählt hat sie einen Posten als Aufsichtsrat der RAG (Ruhrkohle AG) angenommen, Eckart von Klaeden, Staatsminister im Bundeskanzleramt und jetzt Leiter der Abteilung Politik und Außenbeziehungen der Daimler AG oder Ronald Pofalla, Chef des Bundeskanzleramts, seit 2015 Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bahn AG.

Die gesamte Tätigkeit von Lobbyisten und Verbänden muss endlich transparenter werden. Sie erinnern sich sicher noch an die Hausausweis-Affäre des Bundestages, in der sich die Parteien weigerten, die Namen der Inhaber dieser Hausausweise von Verbänden und Lobbyisten offenzulegen. Daher ist endlich ein öffentlich zugängliches Transparenzregister einzuführen. Privatwirtschaftliche Anwaltskanzleien sind vom unmittelbaren Gesetzgebungsverfahren auszuschließen, insbesondere auf dem Gebiet des Steuer- und Finanzmarktrechts. In dem Zusammenhang ein Wort zum Cum-Cum- und Cum-Ex-Skandal, dabei wurden einmalig gezahlte Steuern mehrfach an Aktionäre zurückgezahlt, Mindestschaden aktuell 31,8 Milliarden Euro. Dabei ist es in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, dass die o. g. Anwaltskanzleien erst direkt an der Formulierung der Gesetze mitgewirkt und anschließend private Kunden über Lücken darin informiert haben.

Die ÖDP ist die Partei mit den größten Erfolgen durch die direkte Demokratie – ich erinnere an die Abschaffung des Senats oder an den konsequenten Nichtraucherschutz. Leider ist die aktuelle Verfassungslage so, dass die direkte Demokratie umso geringer ausgeprägt ist, je höher die politische Entscheidungsebene angesiedelt ist. wir brauchen endlich Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundes- und Europaebene.

Zur sauberen Demokratie gehört auch ein faires und transparentes Steuerrecht.

Faires Steuerrecht bedeutet Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und Berücksichtigung der Vermögensverteilung – ich erinnere an den Gewinnsteuersatz der iPhone-Firma Apple in Irland (bekannt geworden im September 2016) – wer kennt den Steuersatz? Vorschläge? Der Gewinnsteuersatz der Firma Apple beträgt 0,005 Prozent. Auf einen Gewinn von 1 Milliarde Euro werden 50.000 € Steuern fällig. Vergleichen sie das einmal mit ihrer persönlichen Situation.

Eine Frage: Wo bleiben eigentlich die Interessenvertreter unserer mittelständischen Wirtschaft? Wo bleibt der Bund der Steuerzahler mit seinem Schwarzbuch? Wie wäre es mit einem eigenen Schwarzbuch für die Firma Apple? Und wenn sie dabei sind, ich hätte noch ein paar multinationale Konzerne im Angebot, denen man ein eigenes Schwarzbuch widmen könnte!

Steueroasen in der EU und auf so genannten Offshore Finanzplätzen sind zu beseitigen, Länder, die diese Regeln nicht einhalten, sind aus dem internationalen Zahlungsverkehr auszuschließen.

Und wir brauchen endlich eine Finanztransaktionssteuer – eine Umsatzsteuer auf alle Finanzgeschäfte. Es ist nicht einzusehen, dass auf Babywindeln Steuern bezahlt werden müssen, Finanzgeschäfte in Milliardenhöhe aber steuerbefreit über die Bühne gehen können.

Ein letzter Punkt, der berechtigterweise immer wieder für Empörung sorgt – die massive Erhöhung von Vergütungen für Unternehmensvorstände und Aufsichtsräte.

Das Verhältnis Vorstandsgehälter von AG zur durchschnittlichen Vergütung von Arbeitnehmern betrug in den achtziger Jahren 20 : 1, es hat sich erhöht auf aktuell 100 : 1, in den USA von 42 : 1 auf aktuell 300 : 1. Um gleich dem Vorwurf der Neiddebatte den Wind aus den Segeln zu nehmen – nach unserer Überzeugung braucht es keine Obergrenze für diese Vergütungen – allerdings brauchen wir eine Höchstgrenze für die steuerliche Abzugsfähigkeit dieser Vergütungen auf maximal 500.000.- € im Jahr. Alles darüber hinaus darf dann nicht mehr vom Gewinn abgezogen werden. Ich bin mir sicher, da würde dann auch den Hauptversammlungen ganz anders über Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen diskutiert werden.

ÖDP – die Familienpartei:

Als ÖDP sind wir davon überzeugt, dass in den Familien wertvolle Sorgearbeit für Erziehung und Pflege geleistet wird. Das Schlagwort von der freien Wahl des Lebensstils ist aktuell eine hohle Phrase. Was hat es mit der freien Wahl des Lebensstils auf sich, wenn einerseits die Fremdbetreuung von Kindern vom Staat finanziert wird, die Eigenbetreuung dagegen kaum oder gar nicht finanziell unterstützt wird. Die Erziehungs- und Pflegeleistung muss finanziell anerkannt werden. Von einer freien Wahl des Lebensstils kann nur gesprochen werden, wenn nicht der Ausbau der Betreuungseinrichtungen finanziert wird, sondern Sorgearbeit für Erziehung und Pflege. Dann können die Sorgearbeitenden entscheiden, ob sie diese Arbeit selbst leisten oder Betreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen wollen. Deshalb muss das Bayerische Betreuungsgeld zu einem echten Familiengehalt ausgebaut werden.

Der Anspruch Familienpartei hat Auswirkungen auf die Bildungspolitik. Jedem Kind seine Chance, wobei wir den Bildungsauftrag im umfassenden Sinn, auch im politisch gesellschaftlichen Sinn, und nicht nur unter der Prämisse der wirtschaftlichen Verwertbarkeit sehen. Kürzlich wurde eine Studie veröffentlicht über den Anteil der politischen Bildung am Fächerkanon in den Gymnasien. Sie dürfen raten, wer das Schlusslicht bildet: Bayern mit deutlichem Abstand. Die zukünftige gesellschaftliche Elite durchläuft also den gymnasialen Bildungsweg in Bayern ohne auch nur ansatzweise über unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat und seine Institutionen informiert zu werden. Ich bin mir sicher, dass die Situation in den anderen Schulzweigen ähnlich schlecht aussieht. Zwar bleibt es beim so genannten Böckenförde-Dilemma, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Es ist aber nachgerade zu sträflich, wenn der Staat im Rahmen der politischen Bildung – und ich betone, der politischen Bildung und nicht der parteipolitischen Indoktrination – auf die Unterrichtung seiner demokratischen Grundordnung verzichtet.

Nach unserer Vorstellung beinhaltet ein umfassender Bildungsauftrag auch musische und kreative Fächer, ebenso den Unterricht in lebenspraktischen Dingen. Unser Beauftragter für Grundsatzfragen, Bernhard Suttner, fordert in diesem Zusammenhang immer, dass Schüler mit den Produkten aus der von uns geforderten Qualitätslandwirtschaft in der Lage sein müssen, ein vollwertiges Essen zu fertigen, also auf Deutsch kochen können müssen und zwar unabhängig von der Schulart, die sie besuchen.

Individuelle Förderung und Inklusion gelingen nur mit einer zweiten Kraft in jeder Klasse. Es gibt bereits eine ganze Reihe von reformpädagogischen Einrichtungen, die mit dieser zweiten Kraft in jeder Klasse arbeiten und ausschließlich positive Erfahrungen gemacht haben.

Die zentrale Forderung einer Familienpartei muss lauten: Nicht die Familie muss wirtschaftskonform werden, sondern die Wirtschaft familienkonform. Wir wollen keine 24 Stunden rund um die Uhr Gesellschaft, keine 24-Stunden-Kita, keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes oder des Sonntagsschutzes. Die Ansprüche der Wirtschaft müssen eingehegt werden durch einen Staat, der die familiären und gesellschaftlichen Bedürfnisse dagegen gesetzlich schützt.

ÖDP – die Erfolgsbilanz:

10 Jahre konsequenter Nichtraucherchutz:

Meine Damen und Herren, im Dezember 2007 begann die Auseinandersetzung um den konsequenten Nichtraucherchutz in Bayern. Nach einem ewigen hin und her der CSU haben wir unser Gesundheitsschutzgesetz mit einem erfolgreichen Volksbegehren (19.11.-02.12.2009) und einem erfolgreichen Volksentscheid (04.07.2010) durchgesetzt. Der konsequente Nichtraucherchutz ist das erfolgreichste Gesetz zur Gesundheitsprävention in der Bundesrepublik Deutschland. Das Volksbegehren Nichtraucherchutz war eine Initiative der ÖDP – es ist Chronistenpflicht, zumindest auf diese Tatsache hinzuweisen und es ärgert mich, wenn über dieses Thema berichtet wird, ohne die ÖDP

als Urheber zu erwähnen. Übrigens, Volksbegehren werden nicht von einer Person gewonnen, sondern von den aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die sich für das Gemeinwohl einsetzen – es war die Bayerische Bevölkerung, die mit einer Mehrheit von 61 % (Wahlbeteiligung 38 %) dem Nichtraucherschutz zugestimmt hat. Meine Herrschaften von der CSU, das waren einmal ihre Stimmenanteile in Bayern. Der Vollständigkeit halber sei auch noch erwähnt, wer im Landtag gegen den Nichtraucherschutz gestimmt hat – CSU, FDP und FW.

Politikverdrossenheit wird auch durch Verweigerung des Handelns verursacht – Sie können sich sicher noch an den Eiertanz der CSU erinnern. Die Verhältnisse vor diesem Gesetz waren sowohl für die Beschäftigten als auch für die Gäste unhaltbar.

Noch eine Frage hätte ich in dem Zusammenhang:

Wo bleiben eigentlich die Lobbyisten des Gaststättengewerbes BHG (Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband)? Unsere Empfehlung: Vermarkten sie endlich dieses Qualitätsmerkmal der rauchfreien Gastronomie in Bayern als positives Alleinstellungsmerkmal, z. B. „Reinheitsgebot für Wirthausluft“ und beenden sie das Lamento von den angeblich guten alten verqualmten Zeiten – denn in dem Fall waren die alten Zeiten keine guten Zeiten.

Bürgerentscheid Raus aus der Steinkohle in München:

Meine Damen und Herren, ich bin stolz auf unsere Münchner Parteifreunde, die mit diesem Erfolg einen Meilenstein im Kampf gegen die Klimaüberhitzung erreicht haben. Das ist ein Leuchtturm für ganz Deutschland.

Zur Erinnerung: in diesem Block des Steinkohlekraftwerkes werden aktuell jährlich 800.000 Tonnen Steinkohle verbrannt, das sind 1,5 Tonnen pro Minute. Die dabei freigesetzte CO₂-Menge ist größer als der Anteil des gesamten Straßenverkehrs in München. Das Steinkohlekraftwerk sollte bis 2035 in Betrieb bleiben, jetzt ist spätestens zum 31.12.2022 Schluss mit der Steinkohleverbrennung.

Da die Steinkohlevorkommen in München überschaubar sind, muss man auch die Verheerungen bedenken, die in den Förderländern beim Steinkohleabbau angerichtet werden. Gerade der Abbau von Bodenschätzen geht dabei häufig mit erheblichen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen einher.

Wie es halt immer ist, wenn einem die Entscheidung nicht passt, wird von interessierter Seite die Frage aufgeworfen, ob denn die Bürger überhaupt kompetent genug seien, eine solch komplizierte Einzelfrage überhaupt zu entscheiden. Lassen Sie sich nicht verunsichern, selbstverständlich sind die Bürger kompetent, die Frage Betrieb des Steinkohlekraftwerks bis 2035 oder Betriebsbeendigung bis spätestens 31.12.2022 zu entscheiden. Und dann kommt so sicher wie das Amen in der Kirche das Scheinargument, die Minderheit würde die Mehrheit dominieren. Im Gegensatz zu Wahlen wird bei direktdemokratischen Entscheidungen immer mit der absoluten Zahl der Wahlberechtigten argumentiert wird. Wie war denn jetzt die Beteiligung am Bürgerentscheid in München? 17,8 % der Wahlberechtigten haben sich beteiligt, davon haben 62 % für den Steinkohleausstieg gestimmt. In absoluten Zahlen sind das etwa die Stimmen, die SPD bzw. CSU jeweils bei der letzten Kommunalwahl 2014 in München erhalten haben. Dass damals die Wahlbeteiligung sehr niedrig war (42 %), spielte keine Rolle.

Außerdem hat die Gegenseite alles getan, um die Wahlbeteiligung möglichst gering zu halten, in der Hoffnung, damit das erforderliche Zustimmungsquorum zu vereiteln.

Noch eine Frage interessiert mich. Wo bleibt die Frage nach der Kompetenz der Abstimmenden in der repräsentativen Demokratie? Schließlich wird dafür der mündige Bürger vorausgesetzt. Dieser mündige Bürger soll kompetent die programmatischen und personellen Angebote der Parteien (z. B. 42 Parteien und Wählergruppen in München bei der Kommunalwahl 2014) bewerten und dann verantwortlich

abstimmen. Abstimmen – man gibt seine Stimme ab und das ist durchaus wörtlich zu nehmen, zumindest für die Dauer der Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, als ÖDP sind wir davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger sowohl ihr Wahlrecht in der repräsentativen Demokratie als auch ihr Stimmrecht in der direkten Demokratie kompetent ausüben können. Und wir sind dankbar, dass uns die Bayerische Verfassung die direkte Demokratie ermöglicht. Wir vermissen die direkte Demokratie auf Bundes- und Europaebene. Die unmittelbare Entscheidung in wichtigen Sachfragen wäre ein entscheidender Schritt zum Abbau der Politikverdrossenheit in Deutschland und Europa.

Volksbegehren „Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen!“:

Wir bleiben aktiv und nutzen die direkte Demokratie. Die FAZ hat die ÖDP als die erfolgreichste Oppositionspartei in Bayern bezeichnet. Diese Kompetenz bringen wir in das Volksbegehren „Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen!“ ein. Der Gesetzentwurf stammt von den Grünen, wir beteiligen uns an diesem gemeinsamen Projekt von Grünen, ÖDP und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL.

Der Kampf gegen den Flächenverbrauch ist ein ureigenes Thema der ÖDP. Ich erinnere an unsere Petition „Stoppt den Flächenverbrauch“, beschlossen auf dem LPT Dingolfing am 27.06.2015. Das Konzept wurde von Franz Hofmaier ausgearbeitet, Inhalt lineare Reduzierung des Flächenverbrauchs um jährlich 10 %, beginnend 2016 bis auf 0 Hektar im Jahr 2026.

Inhalt des aktuellen Volksbegehrens ist eine gesetzliche Obergrenze für den Flächenverbrauch von 5 Hektar täglich, aktuell werden 13 Hektar täglich betoniert, asphaltiert und versiegelt. Bei der Gelegenheit: Es nützt auch nichts, wenn man wieder einmal die Statistik umstellt, um dadurch unterschwellig anzudeuten, es gäbe kein Problem beim Flächenverbrauch. Bayern ist in Deutschland trauriger Spitzenreiter beim Flächenfraß, daran ändern auch Statistiktricks überhaupt nichts.

Der erste Schritt, die Sammlung der Zulassungsunterschriften, ist erfolgreich getan. Mitte Januar hat sich das Bündnis in München getroffen, um das Ergebnis des Zulassungsverfahrens festzustellen. Benötigt werden 25.000 Unterschriften, aktuell liegen 46.000 vor. Dazu haben Sie, liebe Interessenten und Mitglieder der ÖDP beigetragen. Und gerade die ÖDP München weiß, was diese Zahl heißt. Schließlich haben Sie für die Zulassung des Bürgerbegehrens „Raus aus der Steinkohle“ 41.195 Unterschriften gesammelt – wohlgemerkt nur in München.

Nach unserer Planung soll das Volksbegehren im Frühsommer 2018 stattfinden. Als ÖDP wissen wir: Das Volksbegehren ist die eigentliche Hürde in dem Gesetzgebungsverfahren. Innerhalb von 14 Tagen müssen sich die Bürgerinnen und Bürger in die Amtsräume der Kommunen begeben und dort unterschreiben, wohlgemerkt zu den üblichen Öffnungszeiten. Für einen Erfolg sind 10 % der Wahlberechtigten erforderlich, also knapp 1 Million Unterschriften. Dafür brauchen wir dann auch wieder ganz dringend Ihre aktive Mithilfe.

Auf unserem Landesparteitag in Hirschaid werden wir eine Petition „verbindliche Flächensparziele ins LEP vor der LTW“ beschließen, die perfekt zum Volksbegehren passt.

Liebe Parteifreunde, dieses Volksbegehren ist das wichtigste ökologische Projekt in Bayern. Ein erfolgreiches Volksbegehren führt erstmals eine gesetzliche Obergrenze für den Flächenverbrauch ein – davon wird eine Signalwirkung für ganz Deutschland ausgehen. Wie hat es Gerhard Polt einmal in seiner unnachahmlichen Art formuliert: „Es wird einmal heißen, unter dieser Asphaltsschicht befand sich Bayern!“ Das werden wir nicht zulassen.

Überwältigende Mehrheit für den Klaus Buchner Report:

Lieber Klaus, ich darf Dir ausdrücklich zu Deinem Erfolg im Europaparlament an diesem Mittwoch gratulieren. Ich versuche einmal mit meinen Worten, den Inhalt Deines Reports darzustellen. Unter dem

Schlagwort „Keine Überwachungstechnik für Diktatoren“ hast Du eine Menschenrechtsklausel für so genannte Dual-Use-Güterexporte durchgesetzt. Dual-Use-Güter sind solche, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können. Konkreter Anlass war der Export von Filtersoftware durch ein deutsch-britisches Unternehmen. Diese Software wurde in den Jahren 2011 und 2012 dazu eingesetzt, Anhänger des arabischen Frühlings zu identifizieren und zu verfolgen. Die Menschenrechtsklausel lautet:

„Europäische Exporte dürfen keine menschenverachtenden Regime unterstützen. Die Europäische Union muss sicherstellen, dass Ausfuhren von Überwachungstechnik nicht Freiheit und Grundrechte gefährden. Im Zweifelsfall müssen Verkäufe verboten werden.“

In der Abstimmung am Mittwoch stimmten 571 MdEPs für Deinen Bericht, 29 dagegen, 29 enthielten sich. Lieber Klaus, damit hast Du bewiesen, was ein einzelner Abgeordneter im Europaparlament bewegen kann. Herzlichen Glückwunsch.

Ein paar Anmerkungen zur Konkurrenz:

Die CSU in Person des Nochheimatministers Söder hat das Flächensparen entdeckt. Diese Entdeckung erfolgte nicht etwa aus Einsicht oder eigener Erkenntnis. Diese Entdeckung ist ausschließlich dem Druck unseres Volksbegehrens zu verdanken. Und, Herr Söder, auf ein Wort. Wir nehmen Ihnen diesen Sinneswandel und Ihre Ankündigungen nicht ab. Sie verkörpern geradezu das Gegenteil – Stichworte: Streichung des Anbindegebots für Gewerbe- und Industriegebiete aus dem LEP, Skischaukel am Riedberger Horn, dritte Startbahn am Flughafen München usw. Sie werden uns nur dann vom Gegenteil überzeugen, wenn Sie vor der Landtagswahl eine gesetzliche Obergrenze für den Flächenverbrauch verankern.

Herr Söder, Sie wollen ja auch die Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zwei Amtsperioden begrenzen. Über das Motiv für dieses Ziel ließe sich trefflich spekulieren. Ich vermute einmal, dadurch soll die Wahlentscheidung für Sie erleichtert werden, weil man weiß, dass nach spätestens zwei Amtsperioden Schluss ist. Auch hier gilt das Gleiche: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Also Verfassungsänderung bitte vor der Landtagswahl. Und noch eine Frage: Warum die Amtszeitbegrenzung eigentlich nur für das Amt des Ministerpräsidenten? Warum nicht auch für Landräte, Bürgermeister usw.? Jeder von uns, insbesondere unsere Kommunalpolitiker, kennt Beispiele für die dringende Notwendigkeit einer solchen Amtszeitbegrenzung.

Noch eine Anmerkung zu Herrn Aiwanger und seinem angeblichen Volksbegehren gegen die STRABS. Wir haben uns erkundigt, ob ein solches VB überhaupt rechtlich zulässig wäre. Laut Auskunft von Mehr Demokratie wäre es unzulässig, da es den Finanzvorbehalt verletzt. Auf unsere Nachfrage hat das Innenministerium mitgeteilt, dass es sich dazu nicht äußern kann, da die FW entgegen der üblichen Gepflogenheiten kein entsprechender Gesetzentwurf zur informellen Prüfung vorgelegt haben. Laut den Presseberichten entsteht durch den Wegfall der STRABS eine Finanzlücke von ca. 100 Mio. Euro jährlich. Diese Lücke muss geschlossen werden. An diesem Montag wollen die FW ja mit der Sammlung der Unterschriften beginnen. Man darf gespannt sein, ob sich das Ganze nicht als Riesen-Aiwangerei herausstellt. Herr Aiwanger, es gehört zur Wahrheit und Klarheit, dass man den Bürgern reinen Wein einschenkt. Auch wenn die STRABS wegfallen, bleiben die Kosten bestehen. Diese Kosten müssen die Bürger dann aus dem allgemeinen Steuertopf bezahlen.

Und noch etwas zu Herrn Aiwanger und anderen, die sich jetzt schon als Steigbügelhalter der CSU anbieten. Koalitionen setzen nach unserem Verständnis Verhandlungen über die politischen Inhalte voraus. Man koalitiert dann mit dem, mit dem sich inhaltlich die größte Übereinstimmung ergibt. Bei Herrn Aiwanger scheint das überhaupt keine Rolle zu spielen. Hauptsache er und seine FW sind dann dabei, Inhalte spielen keine Rolle. Bernhard Suttner hat die FW immer mit einer Wundertüte verglichen. Eine Wundertüte ist ja ein sehr billiges Jahrmarktsangebot. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere

an einen solchen Wundertütenkauf. Obwohl die Erwartungen eh schon gering waren, folgte die Enttäuschung meist auf dem Fuß, weil sich jeder Pfennig oder Cent im Nachhinein als Fehlinvestition herausgestellt hat.

ÖDP – die echte Alternative:

Liebe Delegierte, die ÖDP ist die einzige echte wertorientierte Alternative. Wie fühlen sich wohl die Wähler des angeblich geringeren Übels angesichts des Jamaika-Desasters oder dem Koalitionsergebnis von schwarz-rot?

Am Erbärmlichsten ist die Aufgabe der Klimaziele 2020. Das ist wie bei einem Rauschgiftsüchtigen – wir hängen an der atomar-fossilen Nadel, Konsumreduzierung wird nichts, weil wir die letzten Jahre weiter gespritzt haben als ob es keinen Tag der Wahrheit geben würde. Und jetzt verschiebt man alles um eine Dekade auf 2030. Warum nicht gleich auf die nächste Generation. Das ist ein schwarz-roter Offenbarungseid in Sachen Klimaschutz und eine Blamage vor der ganzen Welt.

Wir lieben unsere Heimat Bayern – wer seine Heimat liebt, zerstört sie nicht.

Wir sind stolz auf unsere Leistungsbilanz – in den Kommunen und in den Bezirken und mit unseren Erfolgen durch die direkte Demokratie.

Wir sprechen nicht nur über unsere Ziele – wir handeln, zuletzt beim Bürgerentscheid in München „Raus aus der Steinkohle!“ und jetzt beim Volksbegehren Betonflut stoppen.

Übrigens wird wieder einmal mit Wahlumfragen Politik gemacht. Wieder einmal wird die ÖDP unter Sonstige versteckt. Wieder einmal sollen Parteien mit Wahlumfragen in den Landtag gehievt werden. Wahlumfragen sind aber zum jetzigen Zeitpunkt reine Kaffeesatzleserei. In Bayern zählen nämlich Erst- und Zweitstimme zum Ergebnis. Als ÖDP werden wir in allen Stimmkreisen mit kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten antreten.

(Folie SZ-Ausgabe vom 12.01.2018)

Vielleicht haben Sie den SZ-Artikel vom 12. Januar 2018 im Bayernteil gelesen. Danach wünschen sich die Bürger eine schwarz-grüne Koalition. Tja, mit Koalitionen ist das so eine Sache, siehe die letzte Bundestagswahl. Ich gehe einmal davon aus, dass sich der Bürgerwunsch auf das politische Programm bezieht. Liebe Wählerinnen und Wähler – das schwarz-grüne Programm gibt es bereits seit 1982 im Original und die Parteifarbe ist unser ÖDP-Orange. Wenn Sie eine solche Politik wollen – wertkonservativ und ökologisch, wählen Sie die ÖDP – das Original.

Bayern braucht die ÖDP, die ÖDP im Bayerischen Landtag und in den Bezirkstagen ist eine Bereicherung für unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Gesellschaft und unsere Demokratie.

Am letzten Donnerstag hat Martin Prey, Öko-Bauer und ehrenamtlicher Bürgermeister in Niedermurach, Landkreis Schwandorf, bei der dortigen Nominierungsversammlung unser Engagement auf den Punkt gebracht.

Zitat: „Wir sind nicht die ewig Gestrigen, sondern die Ersten von morgen!“

Ich wünsche uns allen konstruktive Diskussionen und im Ergebnis einen erfolgreichen Landesparteitag hier in Hirschaid.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

F.d.R.

Klaus Mrasek

Stand: OV 21.01.2018